

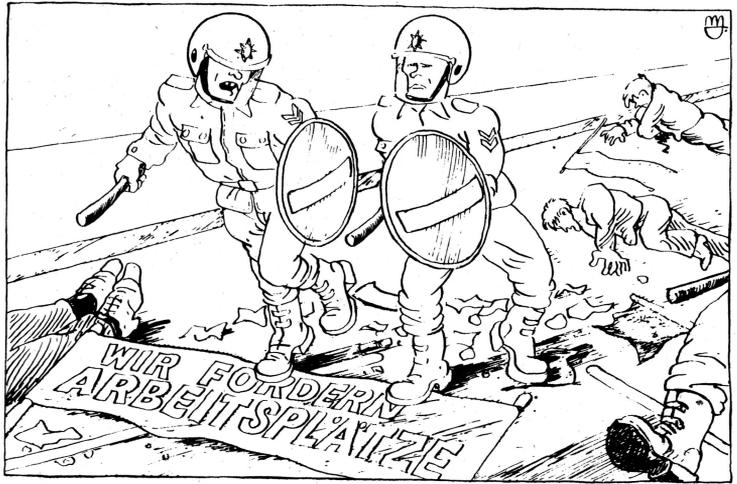
feempfänger noch einmal 48 An-
spruchsberechtigte. Sie scheuen
den Weg zum Sozialamt entwe-
der aus Unwissenheit oder - viel
häufiger - aus Stolz, Scham oder
Angst vor dem Gerede von Be-
kannten, Nachbarn und Verwand-
ten.

Tatsache ist, daß Hunderttau-
sende von Arbeitslosen in der
BRD auf Sozialhilfe angewiesen
sind. Dabei ist es traurige Realit-
tät, daß mehr als ein Drittel der-
rer, die schon längere Zeit ohne
Arbeitsplatz sind, 1984 überhaupt
keine finanzielle Unterstützung
mehr erhielten. Aus ihnen rekrui-
tiert sich ein Großteil der Ob-
dachlosen in der BRD, deren Zahl
zwischen 1975 und 1984 von
70 000 auf mehr als 100 000 an-
stieg.

Was soll man angesichts dessen
von der in den imperialistischen
Ländern verbreiteten Behauptung
halten, daß die Rüstung Ar-
beitsplätze sichere bzw. neue
schaffe. Nach einer solchen Logik
müßte derzeit geradezu ein
bisher nie gekannter Bedarf an
Arbeitskräften bestehen. Doch
gerade das Gegenteil ist der Fall.
Ende 1984 verzeichneten die 24
kapitalistischen OECD-Staaten
mit 31,25 Millionen Arbeitslosen
einen neuen traurigen Rekord.
Immerhin * waren dies etwa 17
Millionen mehr als 1975.

Im Januar 1985 erreichte die BRD
mit mehr als 2,6 Millionen offiziell
registrierten Arbeitslosen und da-
durch 4,6 Millionen direkt von der
Arbeitslosigkeit Betroffenen den
höchsten Stand seit ihrem Beste-
hen. Doch anstatt nun endlich
die seit langem von den BRD-Ge-
werkschaften geforderten staat-
lich finanzierten Arbeitsplatzbe-
schaffungsprogramme in Angriff
zu nehmen und die dafür benö-
tigten 50 Milliarden DM auch aus
dem Rüstungsetat zu entnehmen,
bleibt die BRD-Regierung bei
ihrem Kurs der weiteren mili-
tärischen Hochrüstung.

Daß die von den gegenwärtigen
Bonner Regierungsparteien ab-
gegebenen Versprechungen zur
Beseitigung der Massenarbeitslo-



„Daß uns die Arbeitslosen immer Arbeit machen!“ Zeichnung: Martin Jahn

sigkeit bloße auf Wählerfang ge-
richtete Manöver waren, bestätig-
te sich in den letzten Tagen
erst wieder in eindeutiger Weise.
Bundeskanzler Kohl und andere
Spitzenpolitiker der Regierung-
koalition gaben zu verstehen,
daß einerseits Maßnahmen zur
Reduzierung der Arbeitslosigkeit
und zur Verbesserung der sozia-
len Lage der Werktätigen wegen
„leerer Kassen“ nicht durchführ-
bar seien. Andererseits erklärten
sie aber eifertig die Bereit-
schaft, sich an der von Reagan
betriebenen Aufrüstung des Kos-
mos zu beteiligen und dafür weite-
re Rüstungsmilliarden bereitzu-
stellen. Durch eine solche Poli-
tik, das ist heute bereits voraus-
zusehen, werden weitere Arbeits-
plätze gefährdet, erfolgen weite-
re soziale Abstriche.

Die zunehmende soziale Unsicher-
heit in den imperialistischen
Ländern vergrößert die Zukunfts-
ungewißheit, die bisher noch bereit
waren, den Lobpreisungen des
Kapitals Glauben zu schenken.
Es verstärkt sich die Erkenntnis,
daß der vom Imperialismus
eingeschlagene Weg der Hochrü-
stung und Konfrontation untauglich
für die Lösung der internationalen
Probleme der Zeit ist. Wachsender
Widerstand gegen den Kriegskurs,
ein festes Engagement immer breiterer

Schichten in der Friedensbewe-
gung in den imperialistischen
Ländern ist dafür ein beredetes
Beispiel.

Um den imperialistischen Kurs
der Hochrüstung und Konfronta-
tion überwinden zu können, ist
ein harter und beharrlicher Kampf
erforderlich. Noch ist, ausgehend
von den USA, die NATO dabei, ein
in der Geschichte einmaliges
gewaltiges Rüstungsprogramm zu
verwirklichen, mit dem die mili-
tärische Überlegenheit über den
Sozialismus erreicht werden soll.

Aber auch die Kräfte, die diesem
Kurs entgegenwirken, haben zu-
genommen. „Der Sozialismus er-
starkt weiter“, so sagte Genosse
Erich Honecker auf der 9. Tagung
des ZK der SED, „und mit jedem
Monat engerer Zusammenarbeit
nimmt sein Potential zu. Heute
reicht die Bewegung gegen den
Absturz in eine nukleare Kata-
strophe von Neuseeland über die
Pazifischen Inseln bis nach Euro-
pa und in die USA selbst ...
Mithin sind die Chancen für eine
weltweite Koalition der Vernunft
und des Realismus, im Interesse
des Lebens und Überlebens der
Menschheit größer geworden.“

Siegfried Ullrich
Institut für Internationale Politik und
Wirtschaft der DDR